



Ausschuss für Europa und Internationales

18. Sitzung (öffentlich)

9. November 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1 Engagement Global gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit – Vorstellung durch die jeweiligen Vertreter dieser Institutionen (s. Anlage)	4
Manfred Horr (GIZ) und Dr. Jens Kreuter (Engagement Global gGmbH) stellen ihre Institutionen vor und beantworten Fragen der Abgeordneten.	4

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019) 21

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02
Vorlagen 17/1082, 17/1166 und 17/1234

Die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind der Vorlage 17/1389 zu entnehmen.

Der **Einzelplan 02** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD unverändert **angenommen**.

3 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 26

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/2388

Der **Ausschuss beschließt** einstimmig, den Antrag **Drucksache 17/2388** ohne Votum an den federführenden Ausschuss **zurückzuüberweisen**.

4 „Ruhrkonferenz“ 27

Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/1186

– Kontroverse Diskussion. 27

5 Verschiedenes 40

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/3300

hier: Einzelplan 02
Vorlagen 17/1082, 17/1166 und 17/1234

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, die Fraktionen von SPD und Grünen hätten im Vorfeld Fragen zum Einzelplan 02 formuliert, die mit Vorlage 17/1234 von der Landesregierung beantwortet worden seien. Er beabsichtige, heute über den Einzelplan 02 abschließend zu beraten. Es lägen drei Änderungsanträge vor, zwei von der SPD-Fraktion sowie einer von den Grünen.

Rüdiger Weiß (SPD) kommt zunächst auf die Beantwortung der Fragen zu sprechen. Die Fragen seien beantwortet worden, aber leider seien sie zum Teil nicht zufrieden stellend beantwortet worden. Er habe auch noch ein paar Nachfragen. Die eine Frage betreffe die Maßnahmen zur Erhöhung der Wahlbeteiligung zur Europawahl – Frage 3. Man könne erkennen, dass die Mittel aus dem Kapitel genommen würden, die auch die Europa-Woche finanziell unterlegen würden. Er frage, ob die Maßnahmen, die zur Erhöhung der Wahlbeteiligung zur Europawahl finanziert würden, innerhalb des Wettbewerbs der Europa-Woche stattfinden sollten. Wenn aus einem Topf zwei Maßnahmen bezuschusst werden sollten, so sei zu fragen, warum man dann nicht das Budget erhöht habe. Wenn die Verknüpfung angestrebt werde, in der Europa-Woche Mittel für die Erhöhung der Wahlbeteiligung auszugeben, dann wüsste er gerne, wie die Verknüpfung dieser Maßnahmen in dieser Woche stattfinden solle.

Bei Frage 8 gehe es um die Evaluierungsmittel für entwicklungspolitische Programme. Da suggeriere die Antwort, dass nicht klar sei, was genau evaluiert werden solle und welche Kosten für die Evaluierung anstünden. Er hätte gerne einen Zwischenstand und frage, ob bereits Mittel für die Evaluierung entwicklungspolitischer Programme ausgegeben worden seien, wenn ja, an welcher Stelle, welche Programme da betroffen seien.

Minister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner (MBE) gibt an, es gehe um zusätzliche Maßnahmen zur Europa-Woche, die nicht verbunden würden und die den Haushalt auch nicht belasteten. – Für die Evaluierung seien noch keine Mittel ausgegeben worden. Schwerpunkt sei die politische Definition des Themas.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte den Änderungsantrag seiner Fraktion zum Haushalt begründen. Man wolle insbesondere dem Europa-Gedanken etwas Gutes tun, so wie das der Ministerpräsident sehr gut in seinem Interview in der „Kölner Rundschau“ vor ein paar Tagen ausgeführt habe, in dem er dezidiert davon gesprochen

habe, dass es darum gehe, auch im Vorfeld der Europawahlen die Idee der europäischen Einigung noch stärker in der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zu verankern. Da das bisher nicht mit Mitteln ausreichend hinterlegt sei, stelle seine Fraktion den Antrag, an einem bestimmten Schwerpunkt, nämlich bei den Europaschulen, den Ansatz zu verstärken. Seine bisherigen Kontakte zu Projekten, die Europaschulen veranstaltet, seien durchweg positiv gewesen. Immer habe er den Hinweis bekommen, man würde gerne mehr tun, insbesondere was den Austausch angehe. Aber da seien die Hände gebunden, weil man nicht über genügend Mittel verfüge. Der Antrag sei ein erster Ansatz, die Europaschulen besser auszustatten und insbesondere für den Austausch zu werben. Er hoffe, da man sich, bis auf einen Teil des Parlaments, einig sei, dass man gemeinsam eine solche Erhöhung in diesem Etat vornehme. Man könne nicht auf der einen Seite immer schöne Worte finden, dann aber keine Taten folgen lassen. Er plädiere hier für handfeste Taten.

Rüdiger Weiß (SPD) kommt darauf zurück, dass Kollege Krauß eben gesagt habe, es sei sehr sympathisch, dass man nicht gleich damit anfangen und mehr Geld fordere. Dann sei man jetzt an dem Punkt angelangt, wo man sagen müsse, jetzt gehe es um Geld, möglicherweise um mehr Geld. Er begründe die vorliegenden Anträge seiner Fraktion. Die Ausgaben für die Europa-Aktivitäten des Landes und der Pflege europäischer Beziehungen sollten um 100.000 € aufgestockt werden. Diese Mittel seien nötiger denn je. Das sollte mit einer Zweckgebundenheit verbunden sein. Vor dem Hintergrund sollte man die Landeszentrale für politische Bildung mit ins Boot holen, damit konkret und punktgenau Maßnahmen ergriffen werden könnten, um das Ziel, die Europa-Aktivitäten weiter zu stärken, auch zu erreichen.

Ihm habe im Vorfeld der Sitzung die Bitte des Kollegen Krauß von der CDU erreicht, ob es nicht möglich sei, diesen Antrag zu schieben, denn er treffe auf eine große Sympathie der anderen demokratischen Parteien. Man könne sich vorstellen, diesen Ansatz um einige Euro zu erhöhen und dann einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Wenn das ernst gemeint sei, fände er das gut, weil es nicht darum gehe, in erster Linie zu zeigen, wer den Hut aufhabe, sondern in erster Linie gehe es um die Sache. Wenn man es schaffe, den Ansatz zu erhöhen und alle anderen demokratischen Parteien dem zustimmten, dann würde seine Fraktion einer Vertagung zustimmen.

Der weitere Antrag betreffe einen Zuschuss an die Stiftung Entwicklung und Frieden, die beim letzten Mal den Ausschuss besucht hätten, die durch die Vorstellung ihrer Arbeit beeindruckt hätten. Es werde eine Erhöhung um 70.000 € vorgeschlagen, weil seine Fraktion glaube, dass es in Zeiten von Präsidenten, die meinten, sie seien noch im „Wilden Westen“, dringender denn je sei, die Zusammenarbeit, die Völkerverständigung deutlich zu stärken. Wenn die 70.000 € zu hoch erschienen und die Regierungskoalition sagten, sie könnten über das Stöckchen nicht springen, dann sei seine Fraktion durchaus bereit, einen geringeren Ansatz vorzunehmen. Es wäre nur wichtig, dass der Ansatz moderat erhöht werde. Damit wäre man dann auch zufrieden.

Oliver Krauß (CDU) hält fest, Herr Kollege Weiß habe seine Wortmeldung quasi angekündigt. In der Tat habe seine Fraktion Sympathie für die Überlegungen. Man arbeite an Plänen, sei aber, was die Ausgaben der Europa-Aktivitäten des Landes anbelange, eher auf dem Weg, dass man einen anderen Titel dafür verwenden würde, nämlich Titel 6. Insofern wäre er dankbar, wenn man das nicht nur schiebe, sondern wenn man die Erhöhung als eine gemeinsame Initiative der vier genannten Fraktionen auf den Weg bringen könne. Es wäre ein starkes Signal, dass man hier gemeinsam vorgehe, wie der Kollege Weiß schon geschildert habe. Es werde deutlich, dass es um die Sache gehe. Er sei dankbar für diesen Antrag, weil er sich mit den Planungen seiner Fraktion in diese Richtung decke. Über den Titel müsse man noch einmal reden, weil man der Auffassung sei, dass es bei einem anderen Titel besser passe.

Er habe mit den Kollegen der Grünen noch nicht das Gespräch gesucht. Auch wolle er sich dafür bedanken, dass man der Landesregierung etwas Gutes tun wolle, aber in erster Linie wolle man den Bürgerinnen und Bürger etwas Gutes tun. Das sollte der Ansatz sein.

Er komme zu dem Antrag „Zuschüsse an die Europaschulen in NRW“, den Titel um 1 Million € zu erhöhen. Da frage er, wie die Gelder verwendet werden sollten. Er hätte gerne ein Konzept. Es sei wichtig, das zu untermauern, da sei noch kein Fleisch an den Knochen. Man habe bereits letztes Jahr die Mittel erhöht, und zwar im Bildungsbereich.

Was den Antrag der SPD, den Zuschuss an die Stiftung Entwicklung und Frieden zu erhöhen, angehe – vielleicht um einen geringeren Betrag als Kompromiss –, so habe sich der Ausschuss in der Tat die Arbeit hier vorstellen lassen, man habe auch zu der Arbeit Stellung genommen. Hier müsste doch das Signal sein, dass man erst einmal der Stiftung die Gelegenheit geben müsse, in der Evaluation die Arbeit darzulegen. Dann könne man auf der Basis der Ergebnisse der Evaluation überlegen, ob und inwieweit dort finanzieller Anpassungsbedarf gegeben sei. Von daher würde seine Fraktion heute dem Antrag nicht zustimmen können.

Thomas Nückel (FDP) meint, mehr Geld nach dem Gießkannenprinzip führe nicht automatisch zu besseren Ergebnissen. Da werde man erst einmal gucken, ob die Arbeit effizient sei. Das Stichwort Evaluation sei da genau richtig.

Was den Antrag auf mehr Geld für die Europawahl angehe, schließe er sich dem gemeinsamen Gespräch an. Aber man dürfe sich auch nicht täuschen lassen. 100.000 € oder 200.000 € für irgendwelche staatlichen Aufforderungen, zu Wahl zu gehen, werde die Wahlbeteiligung bei der Europawahl nicht erhöhen. Das seien andere Dinge, spannende Programme, spannende Kandidaten und spannende Themen. Daran habe es bei den Europawahlen früher ein wenig gefehlt. Die Wahlbeteiligung werde ohnehin steigen. Das habe man schon bei den Landtagswahlen gesehen, die in letzter Zeit stattgefunden hätten. Man sollte sich jetzt nicht in abstrakten Theorien verfangen. Man müsse vielleicht diejenigen von unten an der Basis unterstützen, die Aktivitäten entfaltet, dass man deren Wahrnehmung ein bisschen erleichtere. Ansonsten sähe es schräg aus, wenn staatliche Investitionen aufforderten, wählen zu gehen.

Zum Punkt Europaschulen: Die Grünen forderten doch immer Konzepte. Er hätte auch gerne ein Konzept statt Gießkannenprinzip. Europaschulen machten das ja aufgrund einer bestimmten Ausrichtung und nicht, weil sie jetzt 4.739 € mehr bekämen. Wie man die 1 Million € verteilen wolle, das sei zu wenig Fleisch an einem etwas brüchigen Gerippe. Dem könne er nicht zustimmen.

Sven Werner Tritschler (AfD) kann den Änderungsvorschlägen keine großen Sympathien entgegenbringen. Er schließe sich Herrn Nückel an und glaube nicht, dass die Europawahl eine höhere Wahlbeteiligung bekomme, weil man jetzt die Europaschulen oder irgendwelche anderen Projekte mehr fördere. Es sei in erster Linie Aufgabe der Parteien, unterschiedliche Konzepte einzubringen. Nach seiner Erfahrung im Ausschuss sehe er da auch weiterhin ziemlich schwarz. Er gehe auch davon aus, dass sich die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Europawahl wie bei allen letzten Wahlen erhöhen werde. Er glaube nicht, dass dafür die Europaschulen Geld bräuchten. Insgesamt hätten die Schulen in Nordrhein-Westfalen eine schlechte Ausstattung im Schnitt. Er glaube aber nicht, dass man jetzt eine einzelne Schulart, nur weil sie einem ideologisch gut ins Konzept passe, hier mit zusätzlichen Mitteln bedenken sollte.

Johannes Remmel (GRÜNE) schließt sich dem Vorschlag an, bezüglich der Europaaktivitäten bzw. der Erhöhung der Maßnahmen einen gemeinsamen Antrag zu verfassen. Das würde bedeuten, dass dieser Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt werde.

(Oliver Krauß [CDU]: Oder im Plenum!)

– Man müsse auch in den Fraktionen vorher beraten. Insofern mache es Sinn, möglichst schnell zu einer Verständigung zu kommen. Das würde Beratungen und Abstimmungen mit anderen erforderlich machen.

Bei den Europaschulen gehe es natürlich auch um die Schülerinnen und Schüler. Wenn man sich mit den Aktivitäten an den Europaschulen beschäftigt habe, dann wisse man, da hapere es an vielen Stellen. Ihm schein es so zu sein, dass es eines größeren konzeptionellen Aufschlags bedürfe, um noch mehr Schülerinnen und Schüler und mehr Schulen für die Idee zu begeistern. Konzeptionell müsse man dann gar nicht so viel neu erfinden. Durch eine gute Kooperation zwischen Umwelt- und Schulministerium fördere man seit Jahren das Beteiligungsprojekt „Schule der Zukunft“. Da könne man sich anschauen, wie man so etwas machen könne, die Arbeit von bestimmten Materialien, Projektwochen zu unterstützen, aber auch den Austausch zu unterstützen. Das sei in einem solchen Konzept sicherlich möglich. Es sei dann Aufgabe der Landesregierung, auf der Grundlage einer finanziellen Ausstattung zu werben. Da seien der Fantasie keine Grenzen gesetzt. Das müsse man jetzt nicht im Detail in dem Antrag begründen, da gebe es genug Bedarf.

Er habe den Eindruck, dass sich der Horizont im Gegensatz zu den Generationen vorher ein Stück weg von Europa bewegt habe, er sei weiter geworden und man habe das engere Umfeld der Nachbarn nicht mehr so sehr im Blick. Hier sei vor allem Bildungsarbeit bei den Schülerinnen und Schülern sinnvoll ausgegebenes Geld. Er meine, es stünde dem Land gut an, hier eine besondere Initiative zu starten.

Rüdiger Weiß (SPD) kommt auf den möglicherweise zu schiebenden Antrag seiner Fraktion zu sprechen. Er sehe das als vertrauensbildende Maßnahme an. Wenn der Antrag jetzt geschoben werde, müssten alle Fraktionen ihre Haushälter davon überzeugen, dass etwas draufgesattelt werde und dass aus einem ursprünglichen Antrag einer Fraktion ein gemeinsamer Antrag werde. Wo er letztendlich lande, möglicherweise im Plenum, sei nicht ganz unwichtig, sei unterm Strich erst einmal egal. Alle sollten den Haushältern deutlich machen, dass das eine wichtige Sache sei. Er sehe da nicht die ganz großen Schwierigkeiten, das hinzubekommen. Das müsste relativ zügig gehen. Auch das dürfte man schaffen. Wenn man den Nachdruck darauf lege, dass man sich einig sei, dass ein deutliches Zeichen gesetzt werden solle, dann sehe er kein Problem damit. Seine Fraktion würde in Vorleistung gehen und sagen, man schiebe das Ding jetzt in der Hoffnung, dass man ein gutes Ende hinbekomme.

Johannes Remmel (GRÜNE) kommt darauf zurück, eben sei behauptet worden, es seien im letzten Jahr Aufwüchse im Bereich Europaschulen erfolgt. Das könne er nicht nachvollziehen. – Das stünden 17.000 € im Bildungsbereich, es sei denn, es gebe einen Schattenhaushalt, den man nicht kenne.

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, es lägen drei Änderungsanträge vor. Herr Kollege Weiß habe beim dritten Antrag vom Schieben gesprochen. Das gehe insofern nicht, da der Ausschuss nicht noch einmal über den Haushalt berate. Das würde bedeuten, dass die SPD-Fraktion heute den Antrag zurückziehe in der Absprache mit den anderen Fraktionen, um ihn an anderer Stelle als einen neuen Antrag einzureichen.

(Rüdiger Weiß [SPD]: Er kommt in den Haushalts- und Finanzausschuss.)

– In Absprache mit den anderen Fraktionen. Somit habe der Ausschuss nur noch über zwei Änderungsanträge abzustimmen.

(Anmerkung des Protokolls: Die Abstimmungen über die beiden Änderungsanträge sind der Vorlage 17/1389 zu entnehmen.)

Der **Einzelplan 02** wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD unverändert **angenommen**.

